

Die Schwäche unseres Bildungssystems ist die Schwäche unserer Verfassung und unseres Verfassungsbewußtseins

Schreiben an die Niedersächsischen Landtagsabgeordneten
und weiteren Empfängern

von

Tristan Abromeit

August 2010

www.tristan-abromeit.de

Text 84.0

Teil 1

An die Abgeordneten
im Niedersächsischen Landtag

Änderung des Status der Berufsschulen

Bezug: Bericht von Daskia Döhner in der HAZ vom 19. 8. 2010

„Berufsschulen werden selbständig“

20. 8. 2010 *Seite 2 bis 6*

Teil 2

Änderung des Status der Berufsschulen

Versuch, das Thema ökonomisch, verfassungs- und
ordnungspolitisch zu fassen.

25. 8. 2010 *Seite 7 bis 19*

Anhang 1 (Text 84.1)

a) Stoppsignal / Zum Leitartikel Der Charme der Gemeinsamkeit, 21. Juli 2010

(Ordnungspolitische Lehren aus der Hamburger Volksabstimmung)

Von Eckehard Behrens

b) Kommentar zum Thema Bildungsguthaben, Bildungsgutschein,

Bildungs-Chip-Karte, Bildungscard

Von Tristan Abromeit

Anhang 2 (Text 84.2)

Zitate aus der Artikelserie "**Die verstaubte Verfassung**"

Von Thomas Darnstädt

in DER SPIEGEL , Ausgaben 20/2003 bis 22/2003

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
31535 Neustadt

www.tristan-abromeit.de

20. August 2010

An die Abgeordneten
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1

30159 Hannover



Änderung des Status der Berufsschulen

Bezug:

Bericht von Daskia Döhner in der HAZ vom 19. 8. 2010

„Berufsschulen werden selbständig“

Teil 1

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben sich – in Bezug auf die Landesverhältnisse – eine gewichtige Gesetzesveränderung vorgenommen, die, wenn sie ordentlich gemacht wird, über Niedersachsen hinaus strahlen kann . Die wichtigste Aussage in dem o.a. Bericht in der HAZ scheint mir zu sein:

„Claus-Peter Poppe (SPD) bemängelt, dass sich die Regierung mit der Vorlage zu lange Zeit gelassen habe. Jetzt müsse ein Gesetz in Eile durchgepeitscht werden, das eine solidere Behandlung verdient hätte.“

Ich wende diese Aussage nicht auf eine zu kurze Beratungszeit der Abgeordneten an - einen solchen Sachverhalt kann ich nicht beurteilen, weil mir dazu die Informationen fehlen -, sondern ich denke dabei mehr an die Wirkungen im Sinne von Förderung von Wahlmüdigkeit und die steigende Enttäuschung über die mangelnde Leistungsfä-

higkeit des demokratischen Regierungssystems, nicht nur im neuen Osten der Republik, sondern auch bei uns.

Ich erinnere daran, daß vor gut zwanzig Jahren der Ruf der Menschen in der untergegangenen DDR „Wir sind das Volk!“ beim Überschreiten der Grenze in Richtung Westen von den Regierungen und Parlamenten umgemünzt wurde in „Wir Vertreter des Volkes sind das Volk“ und heimlich gedacht wurde: „Wir lassen uns doch nicht von dem blöden Volk das Geschäft verderben.“ Diese Aussage wird sicher von Ihnen bestritten werden. Aber wer hat die Verfassung von Niedersachsen ohne Befragung des Souveräns beschlossen, die Niedersachsen als Gesamtheit oder ihrer Vertreter? Und woher hatten die Vertreter ihren Auftrag? Haben sich die damalige Landesregierung und der damalige Landtag nicht wie die Diebe benommen und das Volk bestohlen?

Mit der Erinnerung daran, daß die Verfassungsfrage in unserer Republik eine offene Wunde ist, will ich nur ermahnen, bei wichtigen Gesetzesvorhaben nicht nur darauf zu hören, was Ihnen Ihre jeweilige Partei vorgibt, auch nicht nur auf die Stimmen aus der Lobby zu hören und auch nicht blind das zu tun, was Rechtstechniker für machbar halten, sondern Verfahren zu entwickeln, die das in der Gesamtheit der Niedersachsen ruhende Wissen für die politische Gestaltung erschließt.

Zur Sache selbst: Da ich die Gesetzesvorlage nicht kenne, kann ich nur Argumente in Bezug auf die Emanzipation der Berufsbildung unter den Gesichtspunkten der Qualitätssteigerung, der Öffnung und Berücksichtigung unterschiedlicher Wege, der pädagogischen Freiheit vortragen. Ebenso gilt es, das Monopol der Standartsetzung durch die Kultusbehörde (mit Abnicken durch die Mehrheitsfraktionen) aufzulösen und durch einen Qualitäts-Wettbewerb zu einer gesellschaftlichen Angelegenheit zu machen.

Mir scheint auch, daß durch die Steigerung der Qualität und Attraktivität der Berufsausbildung die Flucht in Hochschulstudiengänge gestoppt werden kann. (Das ist kein Argument gegen ein Hochschulstudium, sondern eines für die richtige Aneignung beruflicher Fähigkeiten. Die Offenheit zwischen den verschiedenen Bildungswegen war in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg ja nicht gegeben, aber heute be-

steht darüber ja wohl Konsens, daß sie zur Vermeidung von Blockierungen und Sackgassen notwendig ist. Wer in einer Berufsausbildung Selbstvertrauen und ein Selbstwertgefühl entwickelt hat, wird vermutlich sehr viel effektiver und zielgerichteter Studieren, als ein junger Mensch, der von der einen Schulbank zur nächsten wechselt. Welche Wahl des Berufsbildungsweges ein junger Mensch auch trifft, Lebensbejahung und berufliche Tüchtigkeit sollten als Ergebnis dabei herauskommen. Dann hat auch die Gesellschaft einen optimalen Nutzen davon. Das ist eine Anforderung sowohl an das Berufsbildungssystem wie auch an das Hochschulstudium. Hohe Quoten von Abbrechern sind ein Zeichen dafür, daß etwas im Bildungsgang nicht stimmt.

Aber eins sei an dieser Stelle auch gesagt: Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, durch eine bessere Qualifizierung könnten wir das Arbeitslosenproblem lösen. Wenn alle arbeitsfähigen Menschen eine gute Ausbildung hätten, dann würde das unter den gegebenen Bedingungen auch nicht viel an der Arbeitslosenquote ändern.

Ich habe nicht vor, eine Art Gutachten zu erstellen oder vorzustellen, sondern verweise nur auf meine Arbeit zum Thema Berufsbildung von 1982 mit dem Titel „Die freie Berufsbildungs-Assoziation“. Sie ist nicht passgenau auf die heutige Situation formuliert, enthält aber genügend Anregungen für das anstehende Thema. Die „Thesen zur grünen Bildungspolitik“ von 1984 und der Leserkommentar zum Bildungs-Gutschein aus aktuellem Anlaß sind als Ergänzung gedacht.

Es ist heute bei jedem Gesetzesvorhaben zur Berufsbildung zu berücksichtigen, daß die Teilautonomie der Berufsschulen nur eine Zwischenlösung sein kann, und daß das Ziel sein muß, den Berufsbildungseinrichtungen die volle Autonomie zu ermöglichen: a) um im Wettbewerb die besten Modelle zum Zug kommen zu lassen, b) um die Berufsbildung zu entbürokratieren und aus den Klauen der Parteipolitik zu befreien und c) zu guter Letzt ist es notwendig, Schulen als selbständige Kulturunternehmen zu installieren, damit junge Menschen deren Autonomie, die haftende Gestaltungsfreiheit so selbstverständlich als Vorbild verinnerlichen wie Säuglinge die Muttermilch einsaugen. Die Idee des freiheitlichen Gegenspielers von Karl Marx P. J. Proudhon war, daß

die Mitglieder einer Gesellschaft die Dinge, die sie nicht individuell regeln können, diese mit privatrechtlichen Föderationen erledigen. ¹

Ich hänge diesem Schreiben meinen Leserkommentar zur BildungsCard an und verweise mit dem Link

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/Freie%20Berufsbildungs%20Assoziation.pdf>

auf meine oben angeführte Schrift.

Und mit dem Link

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/Agenda%20Niedersachsen%20Anhang%20I.pdf>

finden Sie als Anhang zu dem Beitrag „Bürgerwille und Parteienherrschaft (Die Lücke im Tagungsprogramm)“ die „THESEN zur grünen BILDUNGSPOLITIK“ von 1984

(Es ist ein Anhang zum ersten Teil von Agenda Niedersachsen 2001, eines Offenen Briefes vom Oktober 1999 an den Niedersächsischen Ministerpräsidenten Herrn Gerhard Glogowski.)

Mit dem Link: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/OB%20Lt.%20Doku%2006.pdf>

kommen Sie zur Dokumentation 6, Seite 1 bis 39 (Aussagen zur freiheitlichen Bildungspolitik und Pädagogik), zum Offenen Brief vom 1. Mai 2001 Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil.

Beide Arbeiten habe ich nach der Fertigstellung den Ministerpräsidenten und den Fraktionen des Nieders. Landtages in schriftlicher Form eingereicht. Ein Praktikant oder Referent hat sich damals sogar für die Zusendung bedankt – vermutlich, weil ich ihm zur Abwechslung im Studium von Akten verholfen habe. Sonst gab es nur ein stummes Echo.

Damit nicht gesagt werden kann, die E-Mail haben wir nicht erhalten, sende ich diese Mail, die Schrift „Berufsbildungsassoziation“ und meinen Leserkommentar Bildungs-Gutschein, in ausgedruckter Form zu und zwar an die im nachfolgenden Verteiler benannten Personen bzw. bzw. Institutionen.

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

→ >>>>>

¹ Siehe: Karl Hahn, Föderalismus Die demokratische Alternative

Verteiler

Landtagspräsidenten Herrn Hermann Dinkla

Fraktionen des Niedersächsischen Landtages,

dem **Ministerpräsidenten** Herrn David McAllister

und den **MinsterInnen**

Uwe Schünemann - Minister für Inneres und Sport

Hartmut Möllring - Finanzminister

Aygül Özkan - Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration

Prof. Dr. Johanna Wanka - Ministerin für Wissenschaft und Kultur

Dr. Bernd Althusmann - Kultusminister

Jörg Bode - Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, stellv. Ministerpräsident

Astrid Grotelüschen - Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und

Landesentwicklung

Bernd Busemann - Justizminister

Hans-Heinrich Sander - Minister für Umwelt und Klimaschutz

nachträgliche Ergänzung:

Bundesministerin für Bildung und Forschung Frau Prof. Dr. Annette Schavan
Hannoversche Straße 28 – 30
10115 Berlin

BIBB - Bundesinstitut für Berufsbildung
Postfach 201264
53142 Bonn

Prof. Dr. Volkmar Herkner
Berufsbildungsinstitut Arbeit und Technik (biat) der Universität Flensburg

Hannoversche Allgemeine Zeitung (nur per E-Mail)

Thomas Darnstädt, Autor der SPIEGEL-Serie „Die verstaubte Verfassung“

>>>>>>>> Teil 2 >>>>>>>>

25. August 2010

An die Abgeordneten im Niedersächsischen Landtag
An die Niedersächsische Landesregierung
An die Bundesministerin für Bildung und Forschung Frau Prof. Dr. Annete Schavan
An das Bundesinstitut für Berufsbildung
An Herrn Prof. Dr. Volkmar Herkner,
Berufsbildungsinstitut Arbeit und Technik (biat) der Universität Flensburg
An Herrn Thomas Darnstädt, Autor der SPIEGEL- Serie „Die verstaubte Verfassung“

Änderung des Status der Berufsschulen

„Berufsschulen werden selbständig“ (HAZ vom 19.8. 2010)

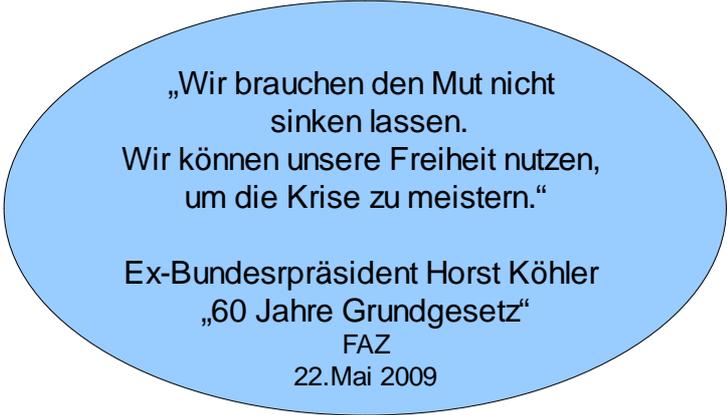
Teil 2

Sehr geehrte

Damen und Herren,

liebe Bürgerinnen und Bürger

mit Vertreter-Status



„Wir brauchen den Mut nicht
sinken lassen.
Wir können unsere Freiheit nutzen,
um die Krise zu meistern.“

Ex-Bundespräsident Horst Köhler
„60 Jahre Grundgesetz“
FAZ
22.Mai 2009

Eigentlich wollte ich nur auf eine relativ kurze Zeitungsmeldung zu einem scheinbar einfachen Thema ein kurzes Statement aus der „schweigenden Mehrheit“ abgeben um zu zeigen, daß diese nicht ganz so schweigend ist, wie es immer dargestellt wird. In Wirklichkeit gibt es außerhalb der veröffentlichten Meinung eine Vielfalt von Stimmen, die bei der Gestaltung unserer Republik nicht gehört werden - oder aufgrund demokratischer Verfahrensmängel nicht gehört werden können. Die so entstehende Mutlosigkeit resultiert dann aus der Erfolglosigkeit. Aber das selbst jenen der Mut verloren gehen kann, die von Amtswegen die Öffentliche Meinung mitgestalten, hat unser Mutmacher, Ex-Präsident Horst Köhler durch seinen Rücktritt gezeigt. Diese Mutlosigkeit ist aber kein Charakterfehler, weder bei Horst Köhler noch

bei den vielen Namenlosen in der Republik, die nicht mehr für ein politisches Engagement zu begeistern sind. Jeder Mensch hat ein Gespür dafür, was er (wortwörtlich und im übertragenen Sinn) stemmen kann. Scheint das zu groß zu sein, was zu stemmen ist, versucht er es nicht einmal mehr. Tritt dieses Phänomen massenhaft auf, wird es für eine Gesellschaft gefährlich, so wie zu jener Zeit, als die Demokraten die Weimarer Republik gegen die Wand gefahren haben und das Volk sich von den sich dann einstellenden Rattenfängern die Rettung erhofften. (Beim nächsten Mal werden die Rattenfänger mit großer Wahrscheinlichkeit keine Brauhemden tragen, sondern vermutlich eher mit Hilfe der Notstandsgesetze aus der politischen Mitte aufsteigen.)

Wie komme ich nun aber vom Thema über eine gesetzliche Änderung im Berufsschulsystem auf das Thema der Gefährdung unserer Demokratie. Ich will es nachvollziehbar erzählen.

Als ich den Bericht „Berufsschulen werden selbständig“ von Saskia Döhner in der HAZ las, war die Berufsbildung nicht mein aktuelles Thema. Es kamen aber meine Erinnerungen an eigene Erfahrungen in Berufsschulen und meine fast 30 Jahre zurückliegenden Bemühungen um Innovationen in der Berufsausbildung wieder hoch. Aber auch mein sich erweitertes Bewußtsein für demokratische und ordnungspolitische Erfordernisse einer freiheitlichen Gesellschaft mit einem entsprechenden ökonomischen und ökologischen Profil spielen dabei eine Rolle.²

Verleitet dadurch, daß ja der Niedersächsische Landtag ein Gesetz ändern will und meine Zuordnung „Bildung ist Landesangelegenheit“ war mir beim Abfassen des ersten Teils meiner Stellungnahme nicht gegenwärtig, wie kompliziert alles bei uns in der Republik gestaltet wurde. Nach dem Abschluß meiner Stellungnahme vom 20. 8. 2010 fiel mir noch selbstbeschämt ein, daß es ja noch das Berufsbildungsgesetz gibt. Ich dachte, nun habe ich einen Grund für jene gegeben, die sich durch Häme Luft machen müssen, um nicht in dem politischen Mief zu ersticken. Diese Zeitgenossen können jetzt zu mir sagen: „Opa, jie domelt, jie worden old!“³ Als mir wieder bewußt wurde, daß für die Berufsbildung das Berufsbildungsgesetz wesentlich ist, habe ich gedacht: „Ich bringe meine Texte trotzdem auf den Weg, weil das politische Den-

2 Dieses Bewußtsein läßt mich durchaus erkennen, daß die Akteure in der Politik unabhängig von der Parteizugehörigkeit in der Regel sympathische und fleißige Menschen sind, die ihre Aufgabe ernsthaft angehen. Dieses Bewußtsein – als Brennglas verstanden – läßt mich aber auch erkennen, daß die Mitglieder unserer Demokratieorgane Freiheits-, Demokratie- und Verfassungsfeinde – unterschiedlichen Grades sind.

3 *domelig* = verunsichert, verwirrt

ken in Berlin nicht besser ist als in den Ländern.“ Da mir das aber dann doch nicht genügte, hätte ich am liebsten meinen Schrieb in den Papierkorb versenkt. Aber dann war da wieder die Aufforderung von innen: „Nicht klein begeben, die Republik ist noch zu retten, auch wenn ihr - geistig-politisch gesehen - das Wasser - wie zur Zeit tausenden Pakistanern real - bis zum Halse steht.“ Aufkeimender demokratischer Widerstand wird mit Lichterketten in die Irre geleitet. Die wirkliche Gefahr, die unserer Republik droht, kommt aus der politischen Mitte. Sie ist besonders gefährlich, weil Teile des politischen Spektrums, das diese politische Mitte bildet, die Gefahr selber nicht sieht oder glaubt, sie würde wie die Regenwolken von alleine davon ziehen.

Um mein Wissen aufzufrischen und zu ergänzen, habe ich mir zu erst das Berufsbildungsgesetz aus dem Netz heruntergeladen und gelesen. Danach folgte ein Beitrag von *Prof. Dr. Volkmar Herkner*, Berufsbildungsinstitut Arbeit und Technik (biat) der Universität Flensburg mit dem Beitrag: „Öffentliche Aufgabe "Berufsbildung" - Zur Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes vor 40 Jahren“ <http://www.bibb.de/de/52176.htm>

Danach kam mir DER SPIEGEL Nr. 20/ 12. 5. 2003 mit der Titelgeschichte „Die verstaubte Verfassung – Wie das Grundgesetz Reformen blockiert“ wie unerledigte Schularbeiten in die Quere. ⁴

Ich habe das Gesetz (erneut nach Jahrzehnten) gelesen und mein Eindruck war, daß man im Deutschland von heute immer noch glaubt, mit einem rechtlichen Zwangskorsett gesellschaftliche Konflikte und Prozesse regeln zu können. Offensichtlich bemerken die Akteure, die das Werk mitgestaltet haben, nicht, daß die Staatsgläubigkeit, die aus jedem Absatz herauszulesen ist, viel mit der Staatsgläubigkeit der SED zu tun hat. Ich habe mir beim Lesen notiert:

Es ist ein schlechter Witz, wenn auf die Partei Die Linken wegen ihrer SED-Wurzel gezeigt und sie deshalb geheimdienstlich überwacht wird. Das SED-hafte ist doch Bestandteil aller politisch zum Zuge gekommenen Parteien bei uns in Deutschland.

Ich konnte dem BBiG aber auch nichts entnehmen, das das Landesparlament daran hindern

4 Daß die alte SPIEGEL-Ausgabe und Kopien von den beiden weiteren Teilen aus der Serie mir ins Blickfeld kam, geschah durch meine Suche nach der Schrift „Christentum und Zinswirtschaft“ des Priester, Professors und vierfachen Doktors Johannes Ude aus dem Jahr 1938. An dieser Schrift kann man ermessen, wie fehlgeleitet die christliche Soziallehre wurde und wie vernachlässigt bestimmte Themen von der Wirtschaftswissenschaft wurden. Ude war Todeskandidat unter Hitler, als Nobelpreiskandidat von Albert Schweitzer vorgeschlagen und wurde als Präsidentschaftskandidat in Österreich gehandelt. Seine Schrift in Kürze unter der Ziffer 81.1 unter www.tristen-abromeit.de

- könnte: a) den Berufsschulen die volle Autonomie zuzubilligen,
 b) Berufsschulen in privatrechtlicher Trägerschaft zuzulassen und
 c) Berufsbildungsstätten in privatrechtlicher Trägerschaft zuzulassen, die den Hauptpart der Ausbildung übernehmen und in dem die Betriebe durch Praktikantenstellen den ergänzenden Teil übernehmen.⁵

Aber BBiG war sicher auch Ursache dafür, daß der Ausbildungsmarkt nie rund gelaufen ist. Wenn zum Beispiel im § 12 (2) steht: „Nichtig ist eine Vereinbarung über die Verpflichtung für die Berufsausbildung eine Entschädigung zu zahlen, ...“ Da Wirtschaftsunternehmen – wie Handwerksbetriebe – keine Wohlfahrtsunternehmen⁶ sind, muß dieses Verbot sich eine Dienstleitung vergüten zu lassen in Verbindung mit dem Gebot im § 17 (1) „Ausbildende haben den Auszubildenden eine angemessene Vergütung zu gewähren. ...“ doch dazu führen, daß sich Betriebe von der Ausbildung fernhalten oder den Lernanteil einer Ausbildung so gering zu halten, daß der Anteil der Produktivarbeit die Kosten eines Auszubildenden⁷ wieder einbringt. Man stelle sich mal vor, in dem Gesetz stünde, daß Berufsschullehrer, Prüfungskommissionen und alle anderen, die sich mit der Berufsausbildung befassen, dürfen für ihre Tätigkeit kein Entgelt verlangen. Alle Betroffenen dürften dem Gesetzgeber den Vogel zeigen. Ich vermute, daß bei solchen Gesetzesformulierungen immer noch eine marxistische Kapitalismusanalyse eine Rolle spielt. Der Handwerker und Kaufmann ist dann der Unternehmer und dieser dann Kapitalist und als solcher ein Ausbeuter, vor dem man den Lehrling schützen muß.⁸ Warum läßt man das Ausbildungsangebot nicht auspendeln zwischen solchen Ausbil-

5 Inzwischen sind ja aufgrund der Arbeitslosigkeit und den Mangel an Ausbildungsplätzen in den vergangenen Jahren soviel unterschiedliche Berufsbildungsstätten entstanden, daß das vielbeschworene duale System noch mehr aufgeweicht wurde, wie es schon vorher war.

6 Und diese fragen auch erst nach dem Kostenträger, bevor sie tätig werden.

7 Warum man den Begriff *Lehrling* aussortiert hat, hab ich nie verstanden. Wenn die Situation des Lehrlings nicht gut war, dann ist sie durch die Bezeichnung Auszubildender nicht besser geworden.

8 Daß die Ausbeutung eine strukturelle und keine personale Ursache hat, wird immer noch nicht begriffen. Die die Gesellschaften zerstörenden Konstruktionsfehler, die dem Geld anhaften, wurden über Jahrhunderte den Juden angelastet, weil diese wegen bestehender Berufsverbote ins Geldgeschäft – das den Christen als unrein galt – gedrängt wurden. Die Folgen der Fehlbeurteilung der Ursachen kennen wir. (Nach Nahum Goldmann 'Mein Leben ...', 1981, würdigte der Wirtschaftsgelehrte Werner Sombart die Verdienste der Juden zur Entwicklung des modernen Kapitalismus. / Siehe auch die Informationen zur politischen Bildung, Ausgabe 307, 'Jüdisches Leben in Deutschland'.) Danach waren es die Unternehmer, die Manager in den Konzernen, die Anonymen Multis und jetzt die Neoliberalen, die für die Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht werden. Auch in der Sendung des DLF vom 25. 8. 2010 „Zur Diskussion“ mit dem Thema > "Streit-Fragen – Ost-West" Märkte und Menschen - Wege aus der Krise < wurde nicht berücksichtigt, daß es Neoliberale – anderer Prägung – waren, die an der Entwicklung des Modells *Soziale Marktwirtschaft* mitgewirkt haben. Auch waren die Fehler der Keynesianer, beginnend mit den Superminister Prof. Karl Schiller nicht geringer als die der heutigen Neoliberalen. Aber anstatt zu klären, welche Aussagen brauchbar und richtig und welche falsch sind, wird lieber geschimpft und nötige Forschungsgelder stehen nur für solche Forschungen zur Verfügung, die die Ursachen der ökonomischen Mißstände nicht klären. Und von den beamteten Hochschullehrern, die in der Mehrheit ohne wirtschaftliches Risiko viel intelligenten Schwachsinn zur Ökonomie publizieren können, ist auch keine Hilfe zu erwarten.

dungen, die zuzahlungspflichtig, begehrt und mit hohem Lernanteil ausgestattet sind und solchen die einen hohen Anteil an Produktivarbeit haben, weniger beliebt sind, aber eine ansehnliche Vergütung einbringen.

Natürlich kann es bei einer solchen Freiheit der Vertragsgestaltung⁹ zu Finanzierungsproblemen kommen. Aber hier muß das Instrument Bildungsguthaben zum Einsatz kommen.¹⁰ Außerdem ist die Situation entspannter in einer Situation der Vollbeschäftigung. Und eine Vollbeschäftigung können wir auch bei Kerzenlicht haben, habe ich einst im Landesfachausschuß für Wirtschaft der FDP formuliert. Es gibt aber in den Parlamenten und in den Parteien eine Resistenz, sich die erforderlichen Einsichten dazu anzueignen und entsprechende Maßnahmen zu treffen. Meine diesbezüglichen negativen Erfahrungen mit der politischen Resistenz gegen Problemlösungen machte ich schon Anfang der 70er Jahre. Zur Zeit wird der Facharbeitermangel beklagt.¹¹ Was für ein Wunder, in Zeiten der Unterbeschäftigung kann man sich sogar hochqualifizierte Kräfte für Arbeiten mit geringeren Anforderungen leisten und braucht sich nicht um die Ausbildung des Nachwuchses zu kümmern. Wie viel Menschen heute am falschen Arbeitsplatz sitzen und dadurch kränkeln und die Krankenkassen belasten, kann man nur erahnen.

Man sollte auch aufhören, den Fetisch „staatlich anerkannt“ zu füttern. Dieser Status dient doch mehr der Konkurrenzabwehr als dem Schutz der Verbraucher. Außerdem überlebt doch vieles in der Ausbildung angeeignetes Wissen nicht lange die Prüfung, wenn es nicht ständig trainiert wird. Die Plätze in der Arbeitswelt entsprechen aber selten den Ausbildungsprofilen. Viel weiter bringt die Fähigkeit, sich kurzfristig auf neue Anforderungen einstellen zu können. Viel wichtiger als staatliche Diplome und Anerkennungen ist der Nachweis, daß Anwender jeglicher beruflicher Tätigkeit in der Lage sind, für Fehler und Mängel ausreichend haften zu können.

In diesen Tagen kam mir das Heft Nr. 392 des GESPRÄCHS aus der FERNE ins Haus (www.gadf.de). Das Generalthema dieser Ausgabe lautet „Macht und Ohnmacht der Erziehung“. Darin auch ein Beitrag von dem Wissenschaftler Hans Bremer, der schon fast ein halbes Jahrhundert in den USA wirkt. Sein Beitrag lautet: „Es lebe die Allgemeinbildung! Lehren

9 Ein Dutzend Musterverträge für verschieden Berufsbereiche könnte das ganze BBiG ersetzen.

10 Es ist aber auch den Studenten zu vermitteln, daß sie nicht das Recht haben, die Kosten ihres Studiums einfach via Staat auf die BürgerInnen abzuwälzen, die mit ihrer Maloche den ganzen Staat finanzieren und heute mehr denn je gezwungen sind zum lebenslangen Lernen, damit sie nicht vorschnell von den jungen Hochschulabgängern ins Aus gedrängt werden.

11 „Betriebe beklagen Fachkräftemangel“, HAZ 25.8. 2010

aus dem Vergleich USA / Deutschland. Er schildert einen Fall, wo er den Verdacht hatte, daß ein empfindliches Meßgerät fehlerhafte Daten lieferte. Seine Überprüfung ergab, daß sein Verdacht berechtigt war. Er schreibt dann:

Offenbar hatte das keiner der zahllosen „Top“-Wissenschaftler gemerkt. Der Grund dafür war, dass die technische Ausbildung inzwischen zu einer Routine geworden war, bei der nicht mehr ständig auf die logischen Voraussetzungen geachtet wurde. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Seitdem charakterisiere ich diesen Typ Forscher, die mehr Techniker als Wissenschaftler sind mit dem Ausdruck ‚program no.7,user no.11‘; auf deutsch: ‚Drück auf Programm Nr. 7, Benutzer Nr. 11, dann auf Start; das Ergebnis wird ausgedruckt‘. Es mag dann in einer wissenschaftlichen Veröffentlichung enden; wobei kaum ein Leser merkt, ob der Wert richtig, sinnvoll oder falsch ist.

Daß ein solches Ergebnis weder in der Hochschulbildung noch in der Berufsausbildung erstrebenswert ist, versteht sich von selbst.

Nun zu dem Beitrag von Volkmar Herkner über die „**Öffentliche Aufgabe ,Berufsbildung‘** ...“ Ich gebe hier nur die Einleitung wider und empfehle insbesondere den Abgeordneten und Abgeordneten – die, ohne sich in die Sache zu vertiefen, bei der Abstimmung über Gesetze, die die Berufsbildung betreffen, nur der Empfehlung oder dem Druck ihrer jeweiligen Fraktion folgen - den Beitrag des Berufsbildungsforschers zu lesen, um sich einen Überblick über das Terrain zu machen, auf dem sie gesetzlich operieren.

Ich füge auch an dieser Stelle den Link ein, der zu dieser Veröffentlichung führt. Der Beitrag ist aber nicht (wenigstens nicht generell) als Unterstützung meiner Position zu verstehen.

<http://www.bibb.de/de/52176.htm>

Prof. Herkner leitet seinen Beitrag wie folgt ein:

Vor 40 Jahren, am 1. September 1969, trat das Berufsbildungsgesetz in Kraft, das die gesetzliche Grundlage für das heutige Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) schuf. Zuvor hatte es jahrelange Auseinandersetzungen um eine gesetzliche Regelung der beruflichen Bildung gegeben. Das inzwischen allenthalben akzeptierte Gesetz stellte damals kaum jemanden zufrieden. In dem vorliegenden Beitrag werden die Ideen und Interessen rekonstruiert, die für die gesetzliche Regelung von 1969 maßgeblich waren.

In dieser Arbeit kann man sehr gut die Schwierigkeiten der Berufsbildung in der Vergangenheit und die Geburtswehen der BbiG erkennen. Es gab tatsächlich einen Handlungsbedarf.

Den Kammern mit ihren Zwangsmitgliedern konnte man nicht das Monopol über die Bestim-

mung der Inhalte und Formen der Berufsbildungsgänge überlassen. Aber warum haben die Gewerkschaften sich nicht das Recht erstritten, selber (gegen Bezahlung) beruflich auszubilden und statt dessen auch hier nur eine Mitbestimmung der Funktionäre ohne Haftung zu verlangen.

Letztlich wird die Macht auch im demokratischen Staat erstrebt, um anderen diktieren zu können, was sie zu tun und zu lassen haben und auch den anderen Bürgern, die als feindliche Gruppe oder andere Klasse definiert werden, in die Tasche greifen zu können. In der Tat waren ja schon am Anfang der sechziger Jahren d.v.J. die restaurativen Kräfte so stark angewachsen, daß sich Autoren zu einem Buchtitel „Der CDU-Staat“ genötigt fühlten. Die Verwerfungen in der Einkommens- und Vermögensverteilung ließen sich ja nicht mehr übersehen. Die nicht ausformulierte Idee von der sozialen Marktwirtschaft - die ja nicht wie heute aus den Elementen Kapitalismus plus soziales Netz nach zentralverwaltungswirtschaftlichen Prinzipien bestand – wurde ja schon unter Erhard von der CDU und sogar von der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft verraten. - von der ASM aufgrund eines wirtschaftswissenschaftlich unzulässigen verengten Denkens. Unsere Republik ist mehr von den Fehlleistungen der Sozialwissenschaften geprägt als von ihren Erfolgen. Die nächste Fehlleistung der Sozialwissenschaften bestand darin, daß sie die berechtigt aufkommende Opposition gegen die Restauration, gegen die gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten (und auch gegen die starre Haltung im kalten Krieg) mit einem Marxismus fütterte, der in der Verstaatlichung und im Zentralismus die Lösung der Probleme sah.¹² Und die Gewerkschaften waren in der fehlgeleiteten Opposition kein Korrektiv, weil sie selber vom marxistischen Denken geprägt waren und immer noch nicht richtig zum marktwirtschaftlichen Denken gefunden haben. Sie gaukeln den Arbeitnehmern vor, sie würden etwas für sie tun, wenn sie als Funktionäre in die Aufsichtsräte rückten. Jedenfalls bei dem K(r)ampf auf der Seite der Kammern und Unternehmerverbände, um Besitzstandwahrung und bei dem Bestreben der Gewerkschaften und den marxistisch orientierten Hochschullehrern, das Heil in der Verstaatlichung auch der Berufsausbildung zu suchen, hatte ein Denken in Kategorien der Ordnungspolitik eines Walter Eucken und Wilhelm Röpke keinen Platz.¹³ Die FDP kann in dieser Geschichte nur als der ewige Verräter der Liberalität benannt werden. Es ist schwer auszumachen, ob dies aus Dummheit geschah oder aus

12 Den Marxismus kann man Marx wohl nicht ganz anlasten. Und da für die Linken in der BRD die sozialistischen Staaten durchaus ein Kompaß war, sind die nachfolgenden Titel immer noch lesenswert:
a) Rudolf Bahro, „Die Alternative – Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“ und Hermann von Berg. „Marxismus-Leninismus“ - Das Elende der halb deutschen halb russischen Ideologie“.

13 Euckens Vater war Ostfrieße und Röpke ist in Schwarmstedt (nicht weit von hier) aufgewachsen.

der parteiüblichen Gier auf Posten und Streben nach einem Zipfelchen Macht. Die Grünen von heute haben selten eine Ahnung davon, daß in der Gründungszeit sogar Kongresse zur Bildungsfreiheit abgehalten wurden. Die Sozialdemokratisierung – im Grunde ein Gutsherrenmodell mit Verwalter, Mägden und Knechten – hat auch die Grünen erfaßt. Und DIE LINKE schmieden mit dem Versprechen, die kapitalistischen Ketten der Arbeit zu brechen, an noch stärkeren Ketten.

In dem Magazin DER SPIEGEL 27/2010 vom 05.07.2010 fand ich folgenden Artikel:

Ein Abgrund von Föderalismus

Fast hundert Ausbildungswege zum Lehrer, Tausende verschiedener Lehrpläne und miserable Ergebnisse im internationalen Vergleich - die Bildungs-Kleinstaaterei hat dazu geführt, dass Deutschlands wichtigste Ressource knapp geworden ist: Geist und Expertise. Von Thomas Darnstädt
Ich bringe ein paar Auszüge und kommentiere dann kurz.

Die meisten Bildungsbürger sind eingesperrt in das Labyrinth der 16 deutschen Schulsysteme in 16 deutschen Bildungs-Zwergstaaten, deren Politik sich häufig auch noch im Rhythmus der Landtagswahlen und wechselnder Koalitionen alle vier bis fünf Jahre ändert. "Was die Eltern am meisten nervt", weiß auch Christoph Matschie, der SPD-Kultusminister in Thüringen, "ist die Zersplitterung des Bildungssystems." Und der Zorn wächst. Der "provinzielle Bildungs-Länderheckmeck" - so der ehemalige Berliner und neue Hamburger Uni-Präsident Dieter Lenzen - hinterlässt Bildungsverlierer. Deutschland hat nicht nur in der Qualität seiner Schüler und Studenten den Anschluss ans Weltniveau verloren, in der Folge wird allen Prognosen zufolge auch die wichtigste Ressource verknappen, die Deutschland im weltweiten wirtschaftlichen Wettbewerb überhaupt zu bieten hat: Geist und Expertise.

...

Es reicht. "Kein Gesetz der Welt", schimpft Pädagogikprofessor Lenzen, "kann Eltern verbieten, die Sache der Bildung selbst in die Hand zu nehmen. Worauf warten wir noch?" Lenzen hoffte schon auf eine neue "Bildungs-Apo".
Bildungs-Länderheckmeck: Die große Mehrheit der Deutschen, 61 Prozent, will laut einer Allensbach-Umfrage von März die Schulen nicht länger den Ländern anvertraut sehen. Der Bund soll die Kontrolle über die Schulen übernehmen.

...

"Nur eine Handvoll Experten ist in der Lage zu erklären, wie die Bundesländer ihren Freibrief zur Ausgestaltung ihrer Bildungssysteme im Detail interpretiert haben", klagt der Dortmunder Bildungsforscher Ernst

Rösner. "Blankes Unverständnis" sei im Ausland über das deutsche Durcheinander anzutreffen.

Erklären kann man in diesem Land nicht einmal mehr, was ein Lehrer ist. 98 verschiedene Ausbildungswege haben Forscher der Berliner Humboldt- Uni und der Uni Hamburg ermittelt. Es gibt keine Einigkeit, was jene Männer und Frauen können müssen, denen die Nation ihre Zukunft anvertraut.

Am schlimmsten geht es am unteren Ende der Bildungsleiter zu. Die Zahl der jungen Leute, die durch die Ritzen des Schuldurcheinanders rutschen und im gesellschaftlichen Abgrund verschwinden, ist alarmierend hoch. Fast 20 Prozent der 20- bis 30-Jährigen in Deutschland drücken sich ohne Berufsabschluss in den Nischen der Leistungsgesellschaft herum: Bildungsverlierer.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-71261419.html>

Thomas Darnstädt beschreibt den Ärger mit unserem Bildungssystem und die Ausbruchversuche ja gut, nur in der Analyse des Problems hapert es. Den Föderalismus als Prinzip der Dezentralität für die Misere verantwortlich zu machen, halte ich für verfehlt. Es ist nämlich genauso wenig berechtigt, die BRD als föderalistisch zu bezeichnen, wie die untergegangene DDR als sozialistisch. Unter Föderalismus ist ja die Gliederung einer Gesamtheit in Teile gemeint, in der sich die Gesamtheit zwei oder mehrstufig die Kompetenzen und Aufgaben teilen und in der jede Einheit eindeutig für ihren Bereich die Autonomie hat. Es ist aber damit kein Modell gemeint, in der jede Gliederungsebene über alles mitbestimmen darf, weder von unten nach oben noch von oben nach unten. Dieses Prinzip ist bei uns – besonders durch die Mischfinanzierungen – so aufgeweicht, daß Föderalismus für diese Regierungsform eine falsche Etikettierung ist. Das Gerangel zwischen Bund und Länder wiederholt sich doch zwischen Ländern und Gemeinden. Und seit Jahren bemüht sich nun die EU darum, dieses Gemisch mit einem zentralistischen Netz einzufangen und dadurch das ganze System noch unglaublicher und unpraktikabler zu machen. Da es aber eine Interdependenz der Teilordnungen gibt, ist es nicht egal, wie föderale Einheiten im Innenbereich gestaltet werden. Die Bildung ist nun aber in unseren Bundesländern zentralistisch, also nach dem zentralverwaltungswirtschaftlichen Prinzip – volkstümlich Kommunismus genannt – gestaltet. Die Abweichungen davon sind genehmigungspflichtig und haben eine Alibifunktion, damit das Attribut „freiheitlich“ in der Politikersprache von der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht allzu sehr seinen ideologischen Charakter offenbart. Es ist nun schwierig, 16 zentralistische Einheiten aufeinander abzustimmen. Und es besteht in der Tat die Notwendigkeit, eine Entscheidung zu treffen, entweder für einen bundes- oder europaeinheitlichen Zentralismus oder doch den dezent-

tralen, den verkehrswirtschaftlichen Weg zu gehen. Im letzten Fall wird es dann in jedem Bundesland so viele Wahlmöglichkeiten zwischen den Bildungsangeboten geben, daß jeder Mensch das Bildungsangebot findet, was er sucht. Von den Schulen wird dann die pädagogisch nivillierende Last der aufgezwungenen und Berechtigung verleihende Abschlußnorm genommen und alle Institutionen, die eine weitere Bildung anbieten, selektieren dann aus dem Strom der Schüler der allgemeinbildenden Schulen ihre Kandidaten nach ihren eigenen Normen. Der Schulabschluß verliert dann den Schrecken vor der Einmal-Entscheidung: Bestanden oder Nichtbestanden. Jedem Schulabgänger eröffnen sich eine große Zahl von Weiterbildungsmöglichkeiten, weil keine Kultusbehörde - in deren Dienste doch faktisch die Abgeordneten stehen - mehr vorschreiben kann, welcher nächster Bildungsschritt erlaubt ist oder nicht.

Das (künstlich am Leben gehaltene → Art. 146) Grundgesetz schreibt in seinem Artikel 7 nur vor, daß das gesamte Schulwesen unter der Aufsicht des Staates steht. Und in der Landesverfassung von Niedersachsen steht es im Artikel 4 ähnlich:

Es besteht allgemeine Schulpflicht.

Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Landes.

Jeder einsichtige Mensch würde die vorgeschriebene externe Wirtschaftsprüfung von Aktiengesellschaften, die als Abteilung des zu prüfenden Wirtschaftsunternehmens installiert würde, als ein Unding bezeichnen. Beim Staat soll aber die Vereinigung der Rolle als Akteur und Kontrolleur gut sein? Jedenfalls ist es so, daß weder das GG noch die Landesverfassung ein dezentrales, eindeutig rechtlich in seinen Kompetenzen, verortetes, bürgernahes, selbstverantwortliches Schulwesen verhindert.

Wer von den politischen Parteien den Bildungskommunismus beibehalten und damit Pädagogen und Eltern weiter entmündigen will, soll das offen sagen, damit dem Wähler deutlich wird, wo die Feinde der Freiheit zu suchen sind.

Die Schulpflicht ist eine euphemistische Umschreibung des Schulzwanges mit Strafandrohung und Vollzug. Statt Kinder zu fördern, ist sie nicht selten die Ursache für Krankheit und Fehlentwicklung unter ihnen. Der Schulzwang ist ein Widerspruch zu der Idee des freien Bürgers in einer freien Gesellschaft und ein Erbe der Nazis. Über den Schulzwang muß gesondert verhandelt werden.

Ich weise an dieser Stelle auf den im Anhang befindlichen Kommentar zu der Volksabstimmung zur Schulreform in Hamburg hin, der von Ekkehard Behrens (FDP) vom Seminar für

freiheitliche Ordnung verfaßt wurde und in der Schriftenreihe *Fragen der Freiheit*, Heft 281 vom Juli 2010 erschienen ist. (siehe www.sffo.de)¹⁴

Zum Schluß will ich noch kurz auf die Titelgeschichte „Die verstaubte Verfassung – Wie das Grundgesetz Reformen blockiert“ des SPIEGELS in der Ausgabe 20 / 2003 eingehen. Aber in der Hauptsache so, daß ich im Anhang eine Sammlung von Zitaten aus der Serie „Die verstaubte Verfassung“ von Thomas Darmstädt in den Anhang stelle. Die Zitate sind Stichworte für weitere Betrachtungen. Die Titel der drei Teile lauten:

Die enthauptete Republik – Warum die Verfassung nicht mehr funktioniert.

(I) 20/2003

Das Prinzip Wettbewerb

Wie der deutsche Föderalismus zu reformieren wäre. (II) 21/2003

Republik der Bürger

Warum der Parteien- und Verbändestaat aufgebrochen werden muss.

(III) 22/2003.

Wir schreiben inzwischen das Jahr 2010. Das in die Jahre gekommene Grundgesetz, das letztendlich doch ein Oktroy der Siegermächte war, wurde zum sechzigjährigen Bestehen gefeiert. Die Bürger wurden wieder durch Festredner verpflichtet, das GG als heilige Kuh zu behandeln und die Regierungsmitglieder und die Parlamentarier betrachten es weiterhin als ihr Recht, das GG als Steinbruch zur Erhaltung ihrer politischen Macht zu betrachten.

Der Einblick in die Artikelserie von Thomas Darmstädt ließ in mir den ganzen Kummer und die Enttäuschung über die Art der Vereinigung der beiden deutschen Republiken und den Verfall des Grundgesetzes durch die Parteien – auch durch die der Grünen – wieder aufsteigen. Die BRD hat damals der DDR Schrottautos und schrottreife Strukturen als Fortschritt verkauft und damit die eigene Weiterentwicklung ausgebremst. Aber trauriger als das Verhalten der Mitglieder der politischen Klasse macht mich das Verhalten der westdeutschen Bevölkerung. Wenn hier wirklich ein demokratisch-republikanisches Bewußtsein geherrscht hätte, dann wären die Berufspolitiker in die Wüste geschickt worden. Aber „Wie der Herr so das Gescherr!“, besser: „Wie der Herr so das Gesinde!“ Jede Gesellschaft verdient die Herrschaft, die es hat.

¹⁴ Der Autor konnte mir seinen Beitrag nicht in digitaler Form schicken, weil ihm diese noch nicht vorliegt. Er hat mir stattdessen eine Version geschickt, die als Leserbrief in der Stuttgarter Zeitung erschienen ist.

Darmstädt zitiert an einer Stelle im dritten Teil seiner Darlegungen den Palamentarier Heribert Blens, der in Bezug auf die Arbeit im Vermittlungsausschuß sagt: „Man kann das nur machen, wenn man in der Politik nichts mehr werden will.“.

So schreiben, wie im vorliegenden Text dokumentiert, kann man auch nur, wenn man in der Politik nichts mehr werden will. Zu beachten ist auch, daß ich für dieses Schreiben nur die Autorität des Wortes habe und mich nicht auf Titel und Ämter berufen kann. Ich argumentiere aber aufgrund der Erfahrung eines vielseitigen Berufslebens mit sehr verschiedenen Bildungsgängen. Mein Berufsleben startete ich 1948, nachdem mein Konfirmationsanzug in meinem katholischen Geburtsort noch aus einer gewendeten Uniform geschneidert wurde, als Vierzehnjähriger und zwar als Lehrling für das Photographenhandwerk wider Willen bei meinem Vater. Heute, wo wieder über geschlossene Heime für Jugendliche nachgedacht wird, könnte ich noch Bilder von meinen Arbeitseinsätzen in solchen Heimen in Freistatt und Göttingen präsentieren.

Ein kluger Mensch hat gesagt: „Die Meinungsfreiheit muß man in Anspruch nehmen, sonst verfällt sie.“ Ich nehme sie für mich in Anspruch, wenn ich auch manchmal den Eindruck habe, daß sie zu einem Verfassungsschmuck verkommen ist und als Narrenfreiheit ihr Dasein fristet. Eine Narrenfreiheit, die dummerweise die Mächtigen der DDR ihren Untertanen glaubten nicht gewähren zu können. Es ist meines Erachtens diese Fehleinschätzung der Hauptfehler der Entmachteten, der ihre Macht wie Schnee in der Sonne schmelzen lies. Um wie viel klüger sind doch bei uns die Mächtigen, (die sich als einzelne Akteure auch unmächtig fühlen und daher nach mehr Macht streben).

Falsche und untaugliche Ideen haben die Deutschen in die Katastrophe des Nationalsozialismus geführt, mit den falschen Ideen von heute kommen wir nicht in eine bessere Zukunft. Und ohne Ideen, die uns leiten, kommen wir nirgendwo hin.

Geschrieben mit dem Groll des Alters, aber mit Zuneigung und Verständnis für die Akteure in der Politik und in den Verbänden, die systembedingt überfordert zu sein scheinen oder tatsächlich sind.

Es grüßt

Tristan Abromeit